

„Meine stärkste Waffe ist hier das Wort“

Der UN-Sonderbeauftragte Volker Perthes über den Zorn der Menschen nach dem Militärputsch im Sudan und die Möglichkeiten, das Land doch wieder auf den Weg zur Demokratie zu bringen

INTERVIEW: ARNE PERRAS

Im Sudan soll Volker Perthes im Auftrag des UN-Generalsekretärs den Übergang zur Demokratie unterstützen. Nun hat die Armee geputscht und die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Kräften in der Übergangsregierung aufgelöst. Perthes spricht über die Strategie der Generäle – und die Frage, was das für den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Omar al-Baschir bedeuten könnte.

SZ: Herr Perthes, konnten Sie seit dem Militärputsch am Montagmorgen hinaus auf die Straße und sich ein Bild davon machen, was die Menschen jetzt bewegt?

Volker Perthes: Unsere Beweglichkeit ist etwas eingeschränkt, es gibt Straßensperren und Blockaden. Die Armee hat Barrikaden weggeräumt über Nacht, aber einige sind noch da. Es wird auch wieder neue geben. Wir haben eben viele zornige Leute auf der Straße.



Der deutsche Politikwissenschaftler und Diplomat Volker Perthes, 63, ist seit Anfang des Jahres Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für den Sudan.
FOTO: LOEY FELIPE/UN

Was hat sich hier aufgebaut?

Wir haben seit vier Wochen eine starke Polarisierung zwischen Kräften, die dem Militär nahe stehen, und jenen, die bislang eine entscheidende Rolle in der Regierung gespielt haben. Und es gab vor einigen Tagen eine sehr große Demonstration für den Übergang zu einer zivilen Regierung. Diese Menschen sind nun zornig, weil das Militär die Macht übernommen hat.

Hat die Armee den Widerstand unterschätzt?

Das kann ich seriös nicht beurteilen. Ich denke aber, das Militär weiß, dass es mit Widerstand zu rechnen hat. Deshalb erklärte der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Burhan, wohl auch, dass er die Transition zur Demokratie nicht abbrechen, sondern nur auf den richtigen Kurs zurücksetzen wolle. Und dass er und das Militär am Ende dieser Übergangsphase die Macht an eine demokratisch gewählte Regierung übergeben werden. Er hat auch



Jugendliche in der Hauptstadt Khartoum während der Proteste gegen den Militärputsch.

FOTO: AFP

ein Datum für die Wahl gegeben: Juli 2023, etwas früher als ursprünglich vorgesehen.

Wie glaubwürdig ist das im Licht der jüngsten Vorgänge?

Dazu werde ich keinen Kommentar abgeben.

Hat Sie die Machtübernahme des Militärs überrascht?

Ich kann so viel sagen: Wir haben davon gewarnt, den konstitutionellen Weg einer Partnerschaft zwischen Militär und zivilen Kräften zu verlassen.

Warum macht die Armee das überhaupt?

Die Übergangsregierung hat jetzt über zwei Jahre gehalten, aber das war ja keine Liebeshochzeit. Militär und zivile Politiker haben rational entschieden, miteinander zu arbeiten, um das Land nach 30 Jahren Diktatur und fast sechs Jahrzehnten Bürgerkrieg auf einen Weg zum inneren Frieden zu bringen. Aber es war eine sehr schwierige Partnerschaft, voller Konflikte. Wir als Vereinte Nationen haben versucht, mit diplomatischen Mitteln zu deeskalieren, aber wir waren nicht erfolgreich.

Gestritten wird etwa über die Aufarbeitung früherer Verbrechen. Die Übergangsregierung hatte versprochen, Ex-Machthaber Omar al-Baschir der internationalen Strafjustiz zu übergeben. Ist das nun gefährdet?

Der frühere Diktator Omar al-Baschir sitzt weiter in Haft. Es gab eine Entscheidung des Kabinetts, ihn an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern. Diese Entscheidung hatten aber schon vor dem Putsch nicht alle politischen Institutionen der Übergangsphase ratifiziert. Deshalb wird die Frage neu auf den Tisch kommen,

wenn sich die Dinge wieder eingependelt haben. Das Problem ist: Wir haben keine Regierung. Es wird einen neuen Dialog geben müssen zwischen zivilen Kräften und dem Militär.

Sie sprachen von den Spannungen in der Übergangsregierung. Es gibt seit Langem Vorwürfe, dass Armeemitglieder sich mit Geschäften auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Geht es also auch um wirtschaftliche Aktivitäten des Militärs und die Frage, wer daran verdient?

Das ist einer von vielen Konfliktpunkten. Aber es ist sicherlich keine Frage, die entscheidet, ob eine Partnerschaft zwischen Militär und Zivilisten möglich ist oder nicht. Es gibt auch andere strittige Themen, etwa die Reform des Sicherheitssektors. Aber das ist alles verhandelbar.

Sie setzen also darauf, dass man wieder zu dem Verfahren zurückkehrt, das gerade vom Militär abgeschafft wurde?

Ich vertrete hier die Vereinten Nationen, da kann ich mich nicht so sehr von Wünschen leiten lassen. Meine Aufgabe ist es, mit dafür zu sorgen, dass das Land nicht in Gewalt abgeleitet und wir zurück zu einem Gespräch aller relevanten Kräfte miteinander kommen, um dieses Land weitergehen zu lassen auf dem Weg der Transition, bis hin zum inneren Frieden.

Die USA setzen nun Wirtschaftshilfen von 700 Millionen Dollar aus. Welche Folgen wird das haben?

Der Sudan ist abhängig von externen Hilfen. Sollten die ausbleiben, wird das die sozialen und wirtschaftlichen Probleme erheblich verstärken.

Welche Hebel hat die internationale Gemeinschaft, um die Generäle auf einen demokratischen Pfad zu lenken?

Die Druckmittel liegen bei Einzelstaaten. Die UN haben sehr viel weniger Druckmittel. Meine stärkste Waffe ist hier das Wort. Ich versuche Ideen zu entwickeln, werbe für inklusive Lösungen.

Was können Sie als Sondergesandter tun, um die Lage im Sudan wieder voranzubringen?

Wir versuchen, mit allen Seiten zu sprechen und die Arbeit der internationalen Gemeinschaft zu koordinieren. Für uns ist es äußerst wichtig, dass die internationale Gemeinschaft, wie sie auch im Sicherheitsrat repräsentiert ist, politisch nicht so weit auseinanderfällt wie etwa im Falle Libyens oder Syriens. Wir bieten an, zu vermitteln, wo unsere Vermittlung gesucht wird.

Kohle-Joe gegen Klima-Joe

Ein eigener Senator wird zum Problem des US-Präsidenten

Washington – „JoeJoe“ nennt der US-Präsident seinen Namensvetter, den Senator Joe Manchin aus West Virginia. Die kumpelhafte Scherzerei täuscht nicht darüber hinweg, dass die beiden Joes in diesen Tagen öfter über Kreuz liegen, als es dem Präsidenten lieb sein kann.

Manchin ist zu einem der mächtigsten demokratischen Senatoren aufgestiegen. Am Sonntag frühstückte er mit Biden in dessen Haus in Wilmington, am Montag und Dienstag eilte er im Capitol von Sitzung zu Sitzung, fast täglich steht sein Name auf den Frontseiten der Zeitungen.

Die viele Aufmerksamkeit erhält der 74-Jährige nicht etwa, weil er in der Partei besonders beliebt wäre. Im Gegenteil. Die Umstände haben es ihm ermöglicht, eine Machtposition aufzubauen, die er derzeit gnadenlos nutzt. Oder eben ausnutzt, wie der linke Parteiflügel schimpft. Im Senat sind die Demokraten auf jede einzelne der 50 Stimmen auf ihrer Seite angewiesen. Manchin, der am rechten Rand seiner Partei politisiert, kann darum Konzessionen als Gegenleistung für seine Stimme verlangen – er hat Biden und die demokratische Abordnung in der Hand.

Umso mehr, als der US-Präsident in diesen Tagen dringend einen Erfolg benötigt. Zuhause sind seine Beliebtheitswerte im Sinkflug begriffen. Er hofft ihn aufzuhalten, indem er zwei Prestigeprojekte durch den Kongress bringt. Die Vorlagen braucht er auch, um die hohen internationalen Erwartungen zu befriedigen. Am Treffen der G20 in Rom und am Klimagipfel in Glasgow muss Biden glaubhaft belegen, dass die USA das Pariser Abkommen umsetzen werden.

Ausgerechnet bei diesen zentralen Anliegen verweigert Manchin dem Präsidenten jedoch die Gefolgschaft. Seit Wochen blockiert er ein Milliardenpaket zum Ausbau des Sozialstaats und für den Klimaschutz. Bisher bemängelte Manchin vor allem, die Ausgaben seien zu hoch. Nun aber hat er es auch geschafft, Bidens zentrale Klimaschutzmaßnahme zu sabotieren.

Senator Manchin widersetzt sich den Plänen zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen

Mit Zuckerbrot und Peitsche wollte der US-Präsident den Stromsektor zum raschen Umbau auf erneuerbare Quellen motivieren. 150 Milliarden Dollar schwer sollte das Programm werden, mit Boni für Firmen, die ihre nachhaltige Produktion um jährlich vier Prozentpunkte steigern, und Strafen für die anderen. Biden fokussiert auf den Energiesektor, weil der für ein Viertel der Treibhausgasemissionen der USA verantwortlich ist und nur ein Fünftel der

Produktion aus erneuerbaren Ressourcen stammt.

Allein, JoeJoe mag solche staatlichen Eingriffe nicht mittragen, wie er argumentiert. Auch eine Abgabe auf die Emissionen des potenten Treibhausgases Methan hat er verhindert. Die Kohle- und die Erdgasindustrie sind noch immer mächtig in West Virginia, einem Staat, der in den vergangenen Jahrzehnten vom Niedergang der Kohleförderung und von der Opioid-Epidemie besonders heftig durchgeschüttelt wurde.

Ehe er in die Politik ging, baute er ein Unternehmen für Kohlehandel auf

Die Bevölkerung ist seit 2010 um mehr als drei Prozent auf noch knapp 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner geschrumpft, die Republikaner haben die lokale Politik fest im Griff. Manchin hat zwar einen starken Rückhalt, immerhin hat er sich in über 30 Jahren vom Abgeordneten über den Gouverneur bis zum Senator hochgedient, doch 2018 verteidigte er sein Amt nur noch mit hauchdünner Mehrheit gegen den republikanischen Herausforderer.

Manchin muss sich indes den Vorwurf gefallen lassen, sein Handeln sei nicht frei von Eigennutz. Bevor er Profipolitiker in West Virginia wurde, baute Manchin eine Firma auf, die im Kohlehandel tätig ist und heute den größten Brocken seines Vermögens ausmacht. Zwischen ein und fünf Millionen Dollar ist seine Beteiligung wert. Der kleine Kohlebaron führt zudem mit Abstand die Liste jener Bundespolitiker an, die Spenden von der Fossilindustrie erhalten.

Nun zwingt Manchins Widerstand Biden zu einem Plan B, um die Klimaversprechen doch noch einzuhalten. Neu sollen Steuererleichterungen für Solar, Wind und andere erneuerbare Quellen den Umbau beschleunigen. Zudem soll die Umweltschutzbehörde strenge Auflagen erlassen, für die Energiebranche wie für den Straßenverkehr. Die Hauptlast lagert Biden indes an die Staaten aus. 29 haben Programme zur Umstellung auf klimaneutrale Energien beschlossen, allen voran jene an der West- und der Ostküste.

Klimaschützern zufolge könnten die Maßnahmen knapp ausreichen, um Bidens Ziele zu erfüllen: eine Reduktion des Ausstoßes um die Hälfte bis 2030 und netto Null bis 2050. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass alles gelingt. Nachdem Obamas Regierung etwa schärfere Regeln aufstellte, hob Trump den Großteil davon wieder auf. Dieses Schicksal könnte auch Bidens Vorstöße ereilen – sofern sie Joe Joes Machtpolitik in Washington überleben.
FABIAN FELLMANN

Gerne weiterhin fossil und atomar

Experten finden die neue Energiestrategie der Industrienation Japan nicht überzeugend

Tokio – Der alten Garde in Japans Regierungspartei LDP kann man nicht unterstellen, sie würde an den Umweltthemen der Zeit vorbeischaun. Taro Aso zum Beispiel hat im Wahlkampf vor der Unterhauswahl am kommenden Sonntag über den Klimawandel gesprochen. Aso, 81, war mal Premierminister, bis vor Kurzem Finanzminister und ist als Partei-Vizepräsident weiterhin einflussreich in der LDP. Es hat seinem Ansehen dort nicht geschadet, dass er seine ultrarechte Grundeinstellung nicht immer für sich behalten kann. Und bei einer Rede vergangenen Sonntag in Otaru deutete er also die menschengemachte Erderwärmung auf seine Weise. Diese habe auch „etwas Gutes“, sagte Aso. Der Reis aus Hokkaido sei „dank der Erwarmung schmackhafter geworden“. Früher sei er unverkäuflich gewesen, jetzt könne man ihn sogar exportieren.

Dass eine bewährte Parteigröße derart sorglos über die Klimakrise sprechen kann, zeigt den Stand des Umweltbewusstseins in der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt. Auch Japan hat sich zwar dazu verpflichtet, bis 2050 emissionsfrei zu sein. Im vergangenen Jahr legte der damalige Premierminister Yoshihide Suga das Ziel fest. Erst vergangene Woche hat das Kabinett die neue Energiestrategie verabschiedet. Und die erste Auslandsreise des neuen Premierministers Fumio Kishida seit seiner Amtseinführung Anfang Oktober geht nach Glasgow zur UN-Klimakonferenz COP26, die am Sonntag beginnt. Aber Experten finden die neue Energiestrategie nicht überzeugend. Hanna Hakko vom klimapolitischen Thinktank E3G teilt mit: „Es ist enttäuschend zu sehen, dass Japan mit einem Plan zur COP26 geht, der noch stark von Kohle abhängig ist, während andere große Wirtschaftsnationen Verpflichtungen und Schritte diskutieren, um Kohle in der Vergangenheit zu lassen.“

Das Oppositionsbündnis der Mitte-links-Parteien wirbt für erneuerbare Energien ohne Kernkraft – aber das bringt nicht unbedingt Stimmen. Im Gegenteil. Laut der Zeitung Asahi stimmen die Gewerkschaften der Stromunternehmen diesmal nicht für die Opposition. Denn für die LDP gilt Kernkraft als emissionsfreie Energiequelle und unersetzlich im Energiemix der Zukunft.

„Die Beobachtung ist total richtig, dass Umweltthemen unterbelichtet sind“, sagt Akiko Kando. Sie ist sozusagen eine Symbolfigur dieses Phänomens. Denn die Politikerin Kando, 61, ist eine treibende Kraft der japanischen Grünen. Mit Interesse schaut sie nach Deutschland, wo die Grünen Zukunftsthemen setzen und gerade die neue Bundesregierung mitgestalten.

In Japan sind die Grünen dagegen noch so klein, dass man sie kaum sieht. 350 Mitglieder, nicht im Unterhaus vertreten, gegründet erst vor neun Jahren nach der Nuklear-Katastrophe von Fukushima 2011. Bei den bevorstehenden Wahlen treten die Grünen nur indirekt an, indem sie 52 Kandidaten aus dem Mitte-links-Bündnis unterstützen. Und Akiko Kando ist zwar Abgeordnete der Präfekturversammlung von Tokio – aber offiziell als Unabhängige, nicht als Grüne.

Die Gebühr für Wahlkandidaturen sei in Japan „die teuerste der Welt“ – das sieht Akiko Kando als einen wichtigen Grund für die Randexistenz ihrer Partei. Die Grünen halten die Gebühr für verfassungswidrig, sie unterstützen eine Klage dagegen. Akiko Kando stellt fest: „Für neue Parteien ist es schwierig, zur Welt zu kommen.“

Aber die schwere Geburt der Grünen hat wohl auch damit zu tun, dass Umweltpolitik in Japan traditionell ein nachrangiges Fach ist. Die LDP interessiert sich vor allem für die Wirtschaft. Im Regierungskabinett ist das zuständige Umweltministerium nicht sehr prestigeträchtig. Neuerdings führt es Tsuyoshi Yamaguchi, 67, ein Mann ohne besonderes umweltpolitisches Profil.

Und auch die Menschen im Land denken eher nicht an den Klimawandel. Die Fridays-for-Future-Bewegung ist in Japan kaum wahrzunehmen. In einer Umfrage der Nachrichtenagentur Kyodo zur Wahl fanden 36,7 Prozent der Befragten Wirtschaftspolitik am wichtigsten, 16,1 Prozent die Coronavirus-Politik.

„Die Lage ist nicht so einfach“, sagt Akiko Kando. Sie hofft trotzdem auf gute Ergebnisse ihrer Favoriten bei der Wahl. Und ihr Ziel ist klar: „Zuerst mal möchten wir Grüne das Bewusstsein der Bevölkerung für das Klimaproblem schärfen.“ Vielleicht begreift dann irgendwann auch Taro Aso, was das Problem der Erderwärmung ist.
THOMAS HAHN



Japan hat sich dazu verpflichtet, bis 2050 emissionsfrei zu sein. Das ist zu spät, ließen britische Demonstranten im Juni erkennen.
FOTO: HUGH HASTINGS/GETTY

Der Tapir und der Motorradrocker

Corona: Schwerste Vorwürfe gegen Brasiliens Präsidenten Bolsonaro

Buenos Aires – Nun, da alles vorbei ist, stellt sich die Frage, was bleibt: Fast ein halbes Jahr lang hat sich in Brasilien ein Untersuchungsausschuss mit der Corona-Politik der Regierung von Jair Bolsonaro befasst. Am Dienstag wurde der Abschlussbericht verabschiedet: Er wirft dem Präsidenten etliche Straftaten vor, darunter Täuschung, aber auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Ausschuss empfiehlt eine Anklage. Spätestens hier aber fangen die Probleme an: Denn dass tatsächlich ein Verfahren gegen Bolsonaro eingeleitet wird, ist extrem unwahrscheinlich, zu groß ist immer noch der Rückhalt des Präsidenten im Parlament und in der Justiz. Gut möglich also, dass von der Arbeit des Untersuchungsausschusses am Ende nicht viel mehr bleibt als ein politisches Signal. Dazu werden die Brasilianer aber auch noch einen Namen im Gedächtnis behalten: Omar Aziz.

600 000 Tote forderte die Pandemie, fast jede brasilianische Familie ist betroffen

Im vergangenen halben Jahr saß der Abgeordnete dem Untersuchungsausschuss als Präsident vor. Keine leichte Aufgabe, mussten sich die Parlamentarier doch mit einer Tragödie riesigen Ausmaßes befassen: 600 000 Corona-Tote beklagt Brasilien; kaum eine Familie, die nicht einen Angehörigen verloren hat. Bei Omar Aziz ist das nicht anders: Im Januar verstarb der Bruder des Politikers an Covid-19.

Viele Brasilianer geben Jair Bolsonaro die Schuld an den katastrophalen Ausmaßen der Pandemie im Land. Der Präsident verharmloste das Virus stets, warnte vor Impfstoffen und förderte gleichzeitig den Einsatz höchst umstrittener Medikamente.

Genau darum war im April der Untersuchungsausschuss zusammengetreten: Er sollte klären, inwieweit und wie bewusst die Regierung versagt hatte im Kampf gegen den Erreger. Von Anfang an waren die Sitzungen auch ein Medienereignis, live übertragen im Fernsehen. Gebannt verfolgten Millionen Zuschauer das politische Theater, die Intrigen, Anschuldigungen, Skandale und wütenden Wortgefechte.



Spektakuläre Wortgefechte mit Jair Bolsonaro: Omar Aziz saß dem Corona-Untersuchungsausschuss vor.
FOTO: IMAGO

Und so passierte es, dass aus dem vormaligen eher unbekanntem Abgeordneten Omar Aziz eine der bekanntesten politischen Persönlichkeiten seines Landes wurde. 63 Jahre alt ist er und seit Jahrzehnten in der Politik aktiv: Bevor er Abgeordneter wurde, war Aziz Gouverneur des Bundesstaates Amazonas, er war Lokalpolitiker, ebenso wie Vizebürgermeister von Manaus.

Inzwischen sinken die Infektionszahlen, dafür schwächelt die Wirtschaft

Die Liste der ehemaligen Ämter von Aziz ist lang, ebenso wie die der Parteien, denen er schon angehört hat. Wollte man es positiv ausdrücken, könnte man sagen, dass Aziz flexibel ist in seinen politischen Ansichten. Kritiker dagegen werfen ihm vor, ein typisches Mitglied des sogenannten *centro* zu sein, des großen Zentrumsblocks im brasilianischen Parlament, der sich oft mehr von Posten und Pfründen leiten lässt als von politischen Überzeugungen. Tatsächlich gibt es Korruptionsvorwürfe gegen Aziz und seine Familie. Kurzzeitig saßen seine Frau und einige seiner Brüder sogar in Haft. Aziz nennt die Anschuldigungen unbegründet, das Verfahren läuft noch.

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss gehörte Aziz zu den Mitgliedern, die dem Präsidenten zunächst weder komplett feindlich gegenüberstanden noch ihn offen unterstützten. Im Laufe der Anhörungen kam es aber zu immer heftigeren Auseinandersetzungen: Aziz nannte Bolsonaro einen Motorradrocker, der wiederum beschimpfte Aziz als Tapir. Einer von Bolsonaros Söhnen hat dazu angekündigt, Klage wegen Fehlverhaltens einreichen zu wollen gegen Aziz.

Dass nun, da der parlamentarische Untersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht vorgelegt hat, wieder Ruhe einkehrt in Brasilien, ist unwahrscheinlich: Die Infektionszahlen sinken, dafür schwächelt die Wirtschaft, nächstes Jahr sind Wahlen. Ob Omar Aziz beim Kampf um Stimmen auch eine Rolle spielen wird? Seinen Namen kennt heute jedermann fast jeder im Land. CHRISTOPH GURK >> Seite 4